

186284-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Generalplanerleistungen für den Neubau der Polizeidirektion 4 Abschnitt 44 in der Götzstraße 36 , 12099 Berlin -ID25166Syn

OJ S 54/2026 18/03/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau - Referat V D

E-Mail: vergabe-hochbau@sensw.berlin.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalplanerleistungen für den Neubau der Polizeidirektion 4 Abschnitt 44 in der Götzstraße 36 , 12099 Berlin -ID25166Syn

Beschreibung: Als ein Teil des Gesamtvorhabens Neue Mitte Tempelhof soll der Neubau der Polizeidirektion 4 Abschnitt 44 in der Götzstraße 36 , 12099 Berlin erfolgen. Hierfür sind Generalplanerleistungen zu vergeben, welche die folgenden Leistungen umfassen:

Objektplanung (Gebäude) (§§ 33 ff. HOAI), Objektplanung Freianlagen (§§ 38 ff. HOAI), Tragwerksplanung (§§ 49 ff. HOAI), Fachplanung Technische Ausrüstung (§§ 53 ff. HOAI) sowie weitere Beratungsleistungen zur Baufeldfreimachung, Brandschutz, Bauphysik und BNB-Koordination. Es wird eine GU-Vergabe angestrebt, so dass vor allem die Leistungsphasen 1 bis 5, die stufenweise abgerufen werden sollen, Gegenstand der Vergabe sind. Hinzu kommen bei Bedarf optionale besondere Leistungen auch aus den weiteren Leistungsphasen, z.B. Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung und künstlerische Oberleitung in der LP 8.

Kennung des Verfahrens: c27ab6cb-f4fa-4f01-92ba-5e2106be6fca

Interne Kennung: VM_25166_VgV_VmT_Syn

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71340000 Von Ingenieuren erbrachte Verbundleistungen , 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Götzstr. 36.

Stadt: Berlin
Postleitzahl: 12099
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zum Zeitpunkt der Bewerbung (Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge gem. Nr. 5.1.12) sind als Nachweis der Eignung die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) und die Zusatzerklärung zur EEE (ZEEE) einzureichen. Die vom Auftraggeber (AG) bereitgestellte und den Vergabeunterlagen beigelegte Einheitliche Europäische Eigenerklärung EEE siehe: <https://eee.evergabe-online.de/> ist, soweit nichts anderes erklärt wird, von den teilnehmenden Unternehmen vollständig in allen ihren Teilen II bis VI auszufüllen, als PDF-Datei auf elektronischem Wege auf der Vergabeplattform (Textform) inklusive der vollständig ausgefüllten Zusatzerklärung (ZEEE) zur EEE hochzuladen. Wird die Zusatzerklärung als Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt, ist diese auszufüllen und auf dem Platzhalter "Bewerberbogen" hochzuladen. Sofern Bewerber-/Bietergemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe erforderlich sind, ist die EEE mehrfach auszufüllen. Bewerber-/Bietergemeinschaften: - haben jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss der Durchführung des Vertrages zu benennen. Dies erfolgt durch die Abgabe der in der EEE verlangten Angaben (Teil II Angaben des Wirtschaftsteilnehmers am Ende von Abschnitt A). Füllen Sie bitte a) bis b) und ggf. c) aus. Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer gemeinsam mit anderen am Vergabeverfahren teil, trägt dieser dafür Sorge, dass die sonstigen Beteiligten eine separate EEE vorlegen. Nachunternehmer (Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe): - Teil II Abschnitt C erfordert eine EEE mit den Abschnitten A und B dieses Teils und Teil III sowie die Angaben in der ZEEE und Teil V soweit sie für die spezifischen Kapazitäten relevant sind; Nachunternehmer (Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe): - wenn das beteiligte Unternehmen einen Nachunternehmer/Unterauftragnehmer einsetzen will (gem. EEE Teil II D), muss für die Unterauftragnehmer keine separate EEE beigelegt werden. Der Unternehmer muss jedoch Angaben in der EEE vornehmen und hat Angaben in Teil II A und B und das nicht Vorliegen von Ausschlussgründen in Teil III bei dem von ihm vorgesehenen Unterauftragnehmer vorzulegen. EEE Teil IV - Eignungskriterien: - die vom AG zur Verfügung gestellte Zusatzerklärung zur EEE ist zwingend zu vervollständigen. EEE Teil V - Verringerung der Zahl geeigneter Bewerber: - hier muss der Bewerber zu den in der Bekanntmachung genannten Auswahlkriterien/Vorschriften/Mindeststandards Stellung nehmen. Die Nichteinhaltung von Mindeststandards führt zum Ausschluss am weiteren Verfahren. Ein allgemeines Infoblatt zur Abgabe der EEE und der Leitfaden des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für das Ausfüllen der EEE sind bei den Vergabeunterlagen eingestellt. Zur Prüfung des Teilnahmeantrages (TNA) ist zwingend die vom AG erzeugte EEE-Anfrage (Datei: "espd-Request.xml") gem. Infoblatt Abgabe EEE zu vervollständigen und mit der ausgefüllten ZEEE inkl. der Eignungskriterien zur EEE einzureichen. Die EEE besteht aus einer ggf. mehreren EEEs. Bei Bewerbergemeinschaften und/oder beabsichtigter Unterauftragsvergabe mit Eignungsleihe sind die entsprechenden Erklärungen in der Zusatzerklärung zur EEE anzugeben und einzureichen. Eine fehlende EEE/ZEEE führt zum Ausschluss. Nachforderungen sind ausgeschlossen. Darüber hinausgehende Unterlagen werden im Rahmen der Eignungsprüfung im Teilnahmewettbewerb nicht gefordert und nicht zur Eignungsprüfung berücksichtigt. Alle Nachweise sowie Unterlagen sind gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe auf Verlangen des Auftraggebers einzureichen. 1) Alle Bewerbungen sind zwingend unter Benutzung der vom AG zur Verfügung gestellten Unterlagen einzureichen. 2) Bekanntmachung/EEE/Zusatzerklärung-ZEEE/Vergabeunterlagen sowie

Hinweise/Anfragen/ Korrekturen siehe Nr. 5.1.11 Auftragsunterlagen. 3) Nur die in den ZEEEs genannten Referenzen werden einbezogen. Die bereitgestellte Zusatzerklärung bezieht sich auf die Mindestzahl von Referenzen. Bei Nennung weiterer Referenzen ist die ZEEE (Datei) ein weiteres Mal zu verwenden. 4) Änderungen in der EEE/ZEEE sind nicht zulässig. 5) Alle einzureichenden Unterlagen müssen in deutscher Sprache gestellt werden. Gleichwertige Nachweise/Erklärungen anderer Herkunftsländer sind in beglaubigter deutscher Übersetzung zwingend beizulegen. 6) Fragen sind über die Vergabeplattform bis zum in der eVergabe angegebenen Datum an die Vergabestelle zu richten. Die Kommunikation erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform. 7) Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentral beim Bundesamt für Justiz anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine eventuelle Eintragung des Bieters im Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen. Der Bieter (einschließlich eventueller Nachunternehmer) darf keinen Eintrag im Wettbewerbsregister haben. Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der EU-Sanktionsverordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos (EG) Nr. 881/2002 vom 27.05.2002, 753/2011 vom 01.08.2011 sowie 2580/2001 vom 27.12.2001 eine Abfrage in den Finanz-Sanktionslisten (www.finanz-Sanktionsliste.de/fisalis/) veranlassen. 8) Bergewerbergemeinschaften gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter sind zugelassen (s. Nr. 2.1.4 Allgemeine Informationen und Nr. 5.1.9 Eignungskriterien). Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung einzelner Mitglieder einer Bergewerbergemeinschaft sind grundsätzlich unzulässig und können zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bergewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen. Im Zweifelsfall haben die Bewerber nachzuweisen, dass der Wettbewerb durch die Mehrfachbeteiligungen nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt nicht in gleicher Weise für Mehrfachbewerbungen als Nachunternehmer. Der Auftraggeber behält sich bei Bewerbern oder Bergewerbergemeinschaften mit demselben Nachunternehmer vor, diese Nachunternehmer aus Wettbewerbsgründen von der Teilnahme an den Bietergesprächen auszuschließen. Die Nachunternehmerleistung kann in diesem Fall dennoch zum Gegenstand der Bietergespräche werden. 9) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Es bestehen gesonderte Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG), insbesondere im Hinblick auf die Abgabe von Erklärungen, siehe Vergabeunterlagen. 10) Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Auswahl bei Punktgleichstand: Sollten mehrere Bewerber/Bewerberinnen an der letzten zu vergebenen Rangposition die gleiche Punktzahl erreichen, werden diese Bewerber/Bewerberinnen zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen, auch wenn dadurch die Höchstzahl überschritten wird. 11) Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich. 12) Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (iTWOtender) in Textform eingereicht werden. 13) Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen /Antworten zu verwenden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB

Zwingende Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der

Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat. (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem

Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Leistungen der Generalplanung für die Polizei Berlin, Neubau 4 Abschnitt 44, Götzstraße 36

Beschreibung: Der geplante Neubau der Polizeidirektion 4, Abschnitt 44, in der Götzstraße 36 ist Bestandteil des Stadtumbaugebiets "Neue Mitte Tempelhof", einem neuen Stadtquartier für den Wohnungsneubau des Landes Berlin. In den kommenden Jahren soll hier ein Stadtquartier mit neuen Kultur- und Bildungsangeboten, öffentlichen Dienstleistungen sowie neuem Wohnraum entstehen. Mit der vorliegenden Ausschreibung werden Leistungen der Generalplanung vergeben. Der Auftrag beinhaltet Planungsleistungen entsprechend der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Teil 3 Objektplanung und Teil 4 Fachplanung für: 1. Gebäude und/oder Innenräume, Leistungsphasen 1-9 gem. § 34 HOAI, 2. Freianlagen, Leistungsphasen 1-9 gem. § 39 HOAI, 3. Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1-6 gem. § 51 HOAI, 4. Technische Ausrüstung, Leistungsphasen 1-9 gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 HOAI 5. Bauphysik - Wärmeschutz und Energiebilanzierung,

Bauakustik, Raumakustik, gem. Anlage 1 Nr. 1.2 HOAI 6. BNB-Koordination 7. Brandschutzplanung sowie Besondere und zusätzliche Leistungen. Ein genehmigtes Bedarfsprogramm und ein Amtsentwurf liegen bereits vor. Für die Maßnahme wird eine Kostenobergrenze von 22 Mio. € festgesetzt. Für die Maßnahme wird die Zertifizierung BNB Silber angestrebt. Es wird eine GU-Vergabe angestrebt, so dass vor allem die Leistungsphasen 1 bis 5, die stufenweise abgerufen werden sollen, Gegenstand der Vergabe sind. Hinzu kommen bei Bedarf optionale besondere Leistungen auch aus den weiteren Leistungsphasen, z.B. Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung und künstlerische Oberleitung in der LP 8. Grundlage der Beauftragung ist das gültige Vertragsmuster über Generalplanerleistungen inkl. Anlagen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen für Architektenleistungen einschließlich AVB (abrufbar unter: <https://www.berlin.de/sen/sbw/service/rechtsvorschriften/bereich-bauen/anweisung-bau-abau/>). Die Planungs- und Arbeitssprache ist deutsch.
Interne Kennung: VM_25166_VgV_VmT_Syn

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71340000 Von Ingenieuren erbrachte Verbundleistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Nach Beauftragung der Leistungsphasen 1 bis 3 werden die Leistungsphasen 4 bis 5 optional ganz oder teilweise, jeweils stufenweise beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung besteht nicht. Aus einer stufenweisen Beauftragung ist keine Honorarerhöhung abzuleiten. Es sind besondere und optionale Leistungen zu übernehmen, unter anderem: - Beschaffung von Unterlagen, die für das Vorhaben erheblich sind - Bestandsaufnahme - Technische Substanzerkundung - Zusammenstellen der Anforderungen aus Zertifizierungssystemen (BNB Silber) - Prüfen der Umwelterheblichkeit und Umweltverträglichkeit - Durchführen von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen - Anfertigen von perspektivischen Darstellungen zu Präsentationen mit Farb- und Materialcollagen - Raumbücher aufstellen und fortschreiben - Analyse der Alternativen/Varianten und deren Wertung mit Kostenuntersuchung (Optimierung) - Wirtschaftlichkeitsberechnung - Mitwirken bei der Beschaffung von nachbarlichen Zustimmung - Aufstellen einer detaillierten Objektbeschreibung als Grundlage der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm (FLB) - Prüfen der vom bauausführenden Unternehmen auf Grundlage der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm ausgearbeiteten Ausführungspläne/Montagepläne auf Übereinstimmung mit der Entwurfsplanung - Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen und Leistungsprogramm auf der Grundlage der detaillierten Objektbeschreibung; bepreisen von Leistungsverzeichnissen - Prüfen und Werten von Nebenangeboten mit Auswirkung auf die abgestimmte Planung - Fachliche Vorbereitung und Mitwirken bei Nachprüfungsverfahren - Prüfen und Werten der Angebote aus Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm einschließlich Aufstellen eines Preisspiegels - Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist - Erstellen von Rodungs- und Baumfällanträgen - Bauoberleitung, künstlerische Oberleitung - Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation - Endoskopische Untersuchungen - Erstellen und fortschreiben des technischen Teils eines Raumbuches - Erarbeiten von besonderen Daten für die Planung Dritter - Detaillierte Wirtschaftlichkeitsnachweise - Aufstellen einer gewerkeübergreifenden Brandschutzmatrix -

Anfertigen von Ausschreibungszeichnungen bei Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm - Ausschreibung von Wartungsleistungen, soweit von bestehenden Regelwerken Je nach Fortgang des Projekts kann der Auftrag bis Fertigstellung des Projekts verlängert werden.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Götzstr. 36.

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 12099

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 115 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Gleichstellung der Geschlechter

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: https://my.vergabepattform.berlin.de/eignungskriterien.php?lv_id=196681 Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen: a) Erklärung zum

Wirtschaftsteilnehmer/Unternehmen, Inhaber und ggf. wirtschaftliche Verknüpfung zu anderen

Unternehmen; b) Erklärung zur Eintragung in Handels- oder Berufsregister; c) Verfügt über

die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur

Berufsausübung für den/die Inhaber/Inhaberin oder die Führungskräfte des Unternehmens; d)

Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB

sowie von Fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB. Angaben zu einem besonderen

Berufsstand: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand

vorbehalten. Die geforderten Schlüsselpersonen (PL/stellv. PL/ MA), gemäß technischer und

beruflicher Leistungsfähigkeit müssen, über eine abgeschlossene Hochschul- oder

Fachhochschulausbildung (Master, Diplom oder gleichwertig) oder gleichwertig im Baubereich

verfügen. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliche Personal: Verpflichtung zur Angabe

der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags

verantwortlich sind.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens

eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: [1] Berufshaftpflichtversicherung nach § 45 Absatz 1 Nr. 3 VgV und Abs. 4 Nr. 2 VgV [2] Angaben Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien: [1] Anforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV: Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zu einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung abzugeben. Sollten die gemachten Angaben des Teilnehmers in der ZEEE, Teil IV B nicht den geforderten Angaben entsprechen, wird mit der ZEEE erklärt, dass der Teilnehmer dies zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen kann (siehe Folgetext). Eine Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und mindestens 5 Mio. EUR sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden) je Schadensereignis, in einem Mitgliedsstaat der EU oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen wird verlangt. Die Gesamtleistung der Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die vereinbarten Deckungssummen sind anzugeben. Der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen ist durch Vorlage einer aktuellen Versicherungsbestätigung erst auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. Der Nachweis gilt auch als erbracht, wenn eine unwiderrufliche Erklärung des Versicherungsunternehmens vorgelegt wird, mit der es den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Nach Erteilung des Auftrages muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Im Falle einer Bietergemeinschaft haften die Mitglieder der Gemeinschaft (ARGE) mit Beauftragung gesamtschuldnerisch. Schließt eine Bewerbungsgemeinschaft keine zu den oben genannten Bedingungen angegebene Berufshaftpflichtversicherung ab, muss jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft über eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung verfügen. [2] Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV: Anzugeben ist der spezifische Jahresumsatz (netto) in dem Tätigkeitsbereich der geforderten Dienstleistung jeweils in den letzten 3 Jahren (2022/2023/2024) sowie der entsprechende Durchschnittliche Jahresumsatz (netto) dieser letzten 3 Jahre. Geforderte Mindeststandards: [zu 1] Ein Bewerber muss die entsprechende Berufshaftpflichtversicherung erbringen; [zu 2] Ein Bewerber wird bei Nichteinhaltung eines spezifischen Jahresumsatzes im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2022/2023/2024) von mindestens 500.000 EUR (netto) nicht als geeignet für die Erfüllung des Auftrages angesehen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angaben zu technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV [2] Erklärung über Beschäftigte und Anzahl der Führungskräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV [3] Angaben der technischen Fachkräfte nach § 46 Absatz 3 Nr. 2 VgV [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV, Angaben zu: Gefordert wird eine Referenz des hauptverantwortlichen Unternehmens in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen. Projektbezeichnung, Ort der Ausführung, Bearbeitungsumfang, Planungs- und Ausführungszeitraum, Datum der Übergabe der Leistungsphase 8 der HOAI an den AG, Gesamtkosten (KG 200-600 nach DIN 276), Anforderungsgrad (Honorarzone), Kontaktdaten des Auftraggebers (öffentlich/privat), Tel. /Email. [2] Erklärung des Bewerbers über das jährliche Mittel der in den letzten 3 Jahren (2022 /2023/2024) Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte des/r Bewerbers /Bietergemeinschaft und /oder der Kapazitäten anderer Unternehmen, gegliedert nach den Berufsgruppen Architekt und/oder Ingenieur. [3] Angaben zu den Schlüsselpersonen, die für

die Erbringung der Leistungen vorgesehen sind: a) — Gesamtprojektleitung (PL) und stellvertretende PL, b) — für die Objektplanung (OP), Freianlagenplanung (FP), TA-Planung (TA-P) und TW-Planung (TW-P) jeweils Angaben zur Projektleitung (PL) und zur stellvertretenden PL. Für jede benannte Person sind folgende Angaben dem Teilnahmeantrag beizufügen: Name, Nachname, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Nachweis über die Befähigung zur Übernahme der geforderten Leistungen wie Hochschul- und Fachhochschulabschluss, Berufsausbildung und Weiterbildung, Berufsjahre nach Hochschul- oder Fachhochschulausbildung, Berufsjahre in der Projektleitung allgemein und in der Projektleitung in leitender Funktion (die Auswahlkriterien) sind zu beachten. Die Nachweise wie Lebenslauf, Zeugnisse und Urkunden und eine Liste der persönlichen Referenzen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen; Geforderte Mindeststandards: [zu 1] Die Bewertung eines Referenzprojektes erfolgt nur, wenn alle Bedingungen a) bis d) erfüllt sind: a) Die Referenz muss baulich umgesetzt und bis zur Frist der Einreichung des Teilnahmeantrages an den Auftraggeber zur Nutzung (LPH 8 HOAI) übergeben sein. Die Übergabe der Referenz(en) darf max. 8 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen, b) Die Gesamtkosten (KG 200-600) je Referenz müssen mindestens 10.000 000 EUR (brutto) betragen c) Es müssen mindestens die Leistungsphasen 2 - 5 gem. § 34 HOAI erbracht worden sein d) Die Leistungen müssen dem Bewerber eindeutig zuzuordnen (d.h. eigenverantw. erbracht) sein und dürfen keine Subunternehmerleistungen sein, [zu 2] Der Bewerber muss alle Bedingungen a) bis c) erfüllen: a) Die Anzahl der beschäftigten Ingenieur/innen und/oder Architekt/innen muss im Mittel der letzten 3 Jahren (2022/2023/2024) mindestens 5 Beschäftigte (3 Architekt/innen und 2 Ingenieur/innen) betragen. b) Berufserfahrung PL mind. 6 Jahre / stellvertretender PL mind. 5 Jahre. c) Die vorgesehenen Fachplaner für die technische Gebäudeausrüstung, Freianlagen, Tragwerk, Brandschutz und Bauphysik verfügen über einen Hochschulabschluss (Diplom, Master oder vergleichbar) sowie über eine Berufserfahrung von mindestens 5 Jahre. [zu 3] Der Bewerber muss folgende Bedingung erfüllen: a) Die Projektleitung und die stellv. Projektleitung weist einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss (Master, Diplom oder gleichwertig) oder vergleichbar nach. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgend genannten Eignungskriterien unterliegen einem Punktesystem, mit welchem der Bewerber insgesamt 100 Punkte erzielen kann. Die 3-5 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Abgabe von Erstangeboten einschließlich aller dazugehörigen Unterlagen aufgefordert. Für die Referenzprojekte, welche die Auswahlkriterien erfüllt, kann eine Gesamtpunktzahl von 50 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Personalausstattung kann eine Gesamtpunktzahl von 15 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Eignung / Qualifikation der Projektbeteiligten (Projektleitung; stellvertretende Projektleitung; Projektmitarbeitende), die die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 35 Punkten erreicht werden. [1] Die Punktevergabe für die Auswahlkriterien erfolgt wie folgt: [1.1] 8 Pkt. = Es handelt sich um eine öffentliche Baumaßnahme, die durch einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB beauftragt wurde. [1.2] 6 Pkt. = Referenzprojekt mit Baukosten nach DIN 276 (KG 200 – 600) von mindestens 15,0 Mio. Euro brutto [1.3] 4 Pkt. = Referenzprojekt ist ein Neubau [1.4] 5 Pkt. = Referenzprojekt ist der Honorarzone IV oder höher zuzuordnen. [1.5] 5 Pkt. = Referenzprojekt wurde nach einem Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen (BNB / DGNB / LEED / BREEAM) zertifiziert und erreichte mindestens Silber-Standard [1.6] 6 Pkt. = Bei dem Referenzprojekt waren erhöhte Sicherheitsanforderungen zu erfüllen. [1.7] 4 Pkt. = Das

Referenzprojekt wurde als Generalplaner bearbeitet. [1.8] 5 Pkt. = Für das Referenzprojekt wurde eine funktionale Leistungsbeschreibung erarbeitet. [1.9] 7 Pkt. = Der/die Projektleiter/in oder der/die stellvertretende Projektleiter/in, der als vorgesehener Leistungserbringer benannt wurde, war maßgeblich, d.h. als Projektleiter/in oder Bauleiter/in am Referenzprojekt tätig. [2.] Personalausstattung max. 15 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: [2.1] 6 Pkt. = Das Büro beschäftigt mindestens 4 Architekten und/oder Ingenieure mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 2 Jahren [2.2] 5 Pkt. = Das Büro beschäftigt mindestens 2 Ingenieur/innen aus dem fachtechnischen Bereich (Leistungen der Kostengruppe 400) [2.3] 4 Pkt. = Ein Mitarbeitender weist eine Zertifizierung BNB nach. [3.] Eignung/Qualifikation der Projektbeteiligten: max. 35 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: Projektleitung (PL) [3.1.1] 8 Pkt. = Die PL verfügt über 10 Jahre Berufserfahrung (nach Diplom oder gleichwertig) und ist mind. 5 Jahre als Projektleitung tätig [3.1.2] 6 Pkt. = Die PL weist Erfahrung mit GU-Vergaben nach (mind. 2 persönliche Referenzen) [3.1.3] 6 Pkt. = Die Projektleitung weist Erfahrung mit einem Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen (BNB / DGNB / LEED / BREEAM) bei Projekten, die mindestens in Silber-Standard oder in Anlehnung an Silber-Standard ausgeführt wurden, nach. Stellvertretende Projektleitung (stellv. PL) [3.2.1] 7 Pkt. = Die stellv. PL verfügt über 7 Jahre Berufserfahrung (nach Diplom oder gleichwertig) [3.2.2] 5 Pkt. = Die stellv. PL verfügt über ein realisiertes Referenzprojekt mit Baukosten (KG 300 bis 400 brutto) von mind. 10 Mio. € [3.2.3] 3 Pkt. = Der/die stellvertretende Bearbeiter/in verfügt über eine Bürozugehörigkeit von 2 Jahren Die Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211EU F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vertragserfüllung der Generalplanung

Beschreibung: Darstellung eigener Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten zu a) GP-interne Arbeitsabläufe (Transparenz) b) Planungsschnittstellen (insbes. Hochbau / TA / Freianlagen/KGr540) d) Kommunikation im GP-Team e) Qualitätssicherung aller Leistungsbilder

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Kritische Entwicklungen im Planungsverlauf mit Lösungsansätzen

Beschreibung: Darstellung eigener Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten zu a)

Terminverzug in den Leistungsphasen b) Kostenüberschreitung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Auseinandersetzung mit der Aufgabenstellung

Beschreibung: Welche Projektrisiken werden erkannt und wie kann diesen entgegengewirkt werden?

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personaleinsatzplan

Beschreibung: Darstellung des qualitativen und quantitativen Personaleinsatzes in den entsprechenden Leistungsstufen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Quadratische Bewertungsmethode

Beschreibung: Der Preis (in € netto) wird aus der Wertungssumme (geprüfte Angebotssumme inkl. Nebenkosten) des Angebotes ermittelt. Das niedrigste Angebot erhält die maximale Punktzahl. Für die Bewertung des Preises wird ein quadratisches Benotungssystem mit folgender Formel verwendet: $B = (N)^2 / (X)^2 * P$ P= Maximalpunktzahl N= niedrigste Angebotssumme B= zu ermittelnde Punktzahl pro Bieter X= Angebotssumme des Bieters Es erfolgt eine Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma. Das Ergebnis wird kaufmännisch gerundet.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 17/03/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/196681>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/03/2026 13:30:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Angaben in den Vergabeunterlagen sind zu beachten

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Vergabeunterlagen. Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerber- / Bietergemeinschaft hat mit Teilnahmeantrag eine Erklärung (ZEEE) aller Mitglieder in Textform abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Finanzielle Vereinbarung: Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen - AVB. Weiterhin gilt das Bürgerliche Gesetzbuch sowie Bau-, Rechts-, Verwaltungsvorschriften des Landes Berlin u.a. AVB zu den Verträgen, ABau, LHO Berlin mit Ausführungsvorschriften, Berliner Bauordnung, Rundschreiben einsehbar unter www.stadtentwicklung.berlin.de/service/rundschreiben. (keine abschließende Auflistung).

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein

Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Abs. 1 GWB gegen die Informations- und Wartepflichten des § 134 GWB verstoßen hat oder gemäß § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies auf Grund eines Gesetzes gestattet ist. Die Unwirksamkeit kann aber nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Berlin

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau
Organisation, die Angebote bearbeitet: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Registrierungsnummer: 0204:11-1300000V01-71

Abteilung: Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Postanschrift: Fehrbelliner Platz 4

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10707

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: SenStadt, Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

E-Mail: vergabe-hochbau@senstadt.berlin.de

Telefon: +49 30901733342

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/sbw/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 0204:11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer des Landes Berlin

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefon: +49 3090138316

Fax: +49 3090137613

Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0029

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau - Referat V D

Registrierungsnummer: 0204:11-1301250005-80

Abteilung: Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau

Postanschrift: Fehrbelliner Platz 4
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10707
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
Kontaktperson: SenStadt, Abteilung V - Hochbau - Referat V M, V M 1 - Vergabestelle für den Öffentlichen Hochbau
E-Mail: vergabe-hochbau@sensw.berlin.de
Telefon: 000
Internetadresse: <https://www.berlin.de/sen/sbw/>
Profil des Erwerbers: <https://www.berlin.de/vergabepattform/>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0030

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
a232dab1-ec4e-4e9e-b8d4-b765e7970314-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Aktualisierte Informationen
Beschreibung
:
Informationen ergänzt, geändert und entfernt.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000
Beschreibung der Änderungen: Streichung des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 089c9165-a9fb-4937-9fcd-c9fb3e56224d - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/03/2026 09:10:00 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 186284-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 54/2026
Datum der Veröffentlichung: 18/03/2026